Erklärung

Der nachfolgende Text wurde im April 1997 an etliche relativ hochrangige Mitglieder sowie an die Parteizentrale der Sozialdemokratischen Partei Österreichs versendet. Ein paar Exemplare gingen an Mitglieder der Grünen.

Die Formulierungen und Gliederung sind leider wie bei den meisten meiner Texte fürchterlich. Aber inhaltlich ist vieles leider immer noch aktuell. Ja, die Situation hat sich seit damals erheblich verschlimmert.

Neben der Forderung nach Mindeststandards für alle Produkte auf dem europäischen Markt findet sich auch bereits eine Kritik an der geplanten Obsoleszenz, sowohl in ihrer technischen als auch Marketing-bedingten Form. Die Problematik der Spekulation und der zunehmenden Vermögens-ungleichverteilung ist noch etwas unterrepräsentiert.

Die Hoffnung, mit den Grundgedanken irgendwie in die Öffentlichkeit durchzudringen, ist indessen geschwunden. Ich bin in Diskussionen etc. stets auf Unverständnis, Ignoranz und Ablehnung gestoßen.

Im Anschluss an den unveränderten Brief (in Courierschrift) findet sich ein aktuelles kurzes Flugblatt von mir.

Weißkirchen, am 31. 03. 2014 Werner Ginzinger

Publiziert am 31.03.2014 unter
https://archive.org/details/Welthandelsmindeststandsforderung1997-2014

Offener Brief an die
Sozialdemokratische Partei Österreichs

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Nachdenken über die Politik in unserem Land, aber auch sonst in der Welt versetzt mich geradezu in Wut und Verzweiflung. Nach dem Untergang des sogenannten Kommunismus bzw. realen Sozialismus hat man sich allerorts nicht nur vom Marxismus losgesagt, sondern Hals über Kopf in die Vergötzung des siegreichen Kapitalismus gestürzt. Alte, längst überwunden geglaubte Theorien aus dem vorigen Jahrhundert und früher wurden aus der Schublade geholt und als das Gesellschaftsmodell zur Lösung sämtlicher Probleme verkauft. Als hätte es die unter anderem von dem nun so sehr verpönten Karl Marx beschriebenen Mißstände nie gegeben. In undifferenzierter Weise werden dessen Analysen der zu seiner Zeit gegebenen Verhältnisse mit seiner von Hegel beeinflußten idealistischen Geschichtsphilosophie einfach in einen Topf geworfen. Letztere ist natürlich nach dem heutigen Wissensstand über soziale Zusammenhänge, der noch immer beschämend gering ist, so nicht mehr haltbar. Man kann Marx seine Fehler allerdings ebensowenig zum Vorwurf machen, wie den Naturwissenschaftlern des 19. Jhdts. ihre Irrtümer angelastet werden dürfen - deren experimentell gewonnene Daten übrigens meist keineswegs falsch, oft für die damals zur Verfügung stehende Mittel sogar erstaunlich genau waren! Der Neoliberalismus, der nun überall - auch an den Hochschulen - gepredigt wird, scheint mir und manchem anderen wieder einmal der Beweis dafür zu sein, daß wir unsere Geschichteinstitute zusperren können, weil die entscheidende Mehrzahl der Menschen offensichtlich nichts aus der Geschichte lernt. Aber eine Diskussion über die Verführbarkeit der Masse und die Schlechtigkeit ihrer Verführer ist müßig.
Doch da gibt es Leute wie Sie, die sich Sozialdemokraten schimpfen und andere, mit denen zusammengearbeitet wird, die sich angeblich zu christlich-sozialer Gesinnung bekennen, und diese Leute haben nichts besseres zu tun als im Großen und Ganzen dieser Modeideologie nachzulaufen und sich nebenbei, statt über etwaige Alternativen nachzudenken, mit den inhaltslosen Hülsen ihrer alten Traditionen zu schmücken.
Es wäre beinahe witzig, wenn es nicht zu traurig wäre, wie sich die ÖVP ständig um die Familie sorgt, um dann absolut familienfeindliche Ladenöffnungszeiten mitzubeschließen. Für Sie war das ja kein Problem, da Sie sich, die psychologischen Erkenntnisse unseres Jahrhunderts ignorierend, auf ihre Traditionen stützen konnten, die der kollektivierten Erziehung sowieso den Vorzug gibt. An Sonntagen wird vielleicht dann mancherorts die mangelnde Solidarität der heutigen, egoistischen Jugend mit ihrer stumpfsinnigen Hingabe an die überall auf sie einstürmende Konsumidiotie beklagt. Vielleicht um diese Heuchelei in Zukunft einzuschränken sind Sie in standhaft antiklerikaler Gesinnung natürlich auch an der Demontage eben dieses Sonntags beteiligt, ohne zu bedenken, daß jener Wochentag für die Formierung der Arbeiterbewegung nicht unwesentlich war, weil sich das gesellschaftliche Leben nur entwickeln kann, wenn eine genügend große Zahl von Menschen gleichzeitig dafür frei hat. Naja, das dürfte wohl für Sie, die Sie gegenwärtig in ihrer Parteizentrale sitzen, schon zu lange her sein. Aber viele von ihnen waren doch großartige Streiter in der 68-er Studentenbewegung und haben sich vehement gegen eine Instrumentalisierung des Menschen gewandt. Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt - war die Parole. Doch obwohl es als medizinisch gesichert gilt, daß sie für den Durchschnittsmenschen gesundheitsschädlich ist, haben Sie sich dazu

hinreißen lassen, die Ausweitung der Nachtarbeit zu ermöglichen, weil Ihnen die Herren Unternehmer und Anleger mit dem Abbau von Arbeitsplätzen gedroht haben, den diese aber trotz aller Zugeständnisse sowieso durchführen, weil es längst nicht mehr so gewinnbringend ist, in den sogenannten Industrieländern in die Produktion zu investieren. Es ist doch hoffentlich niemand von Ihnen so naiv zu glauben, daß der Dienstleistungssektor diese Arbeitsplatzverluste ausgleichen könne. Das Konzept der weltumspannenden Konzerne geht doch wohl eher in die Richtung, in der 3. Welt billigst, ohne lästige Sozial- und Umweltauflagen, zu produzieren um dann in den noch "entwickelten" Ländern die von den jeweiligen Staaten künstlich durch eine gewaltige Verschuldung aufrechterhaltene hohe Kaufkraft auszunützen und die trotz der niedrigen Preise fetten Gewinnspannen abzuschöpfen.
Daß dies nicht in alle Ewigkeit so gehen wird, ist jedem halbwegs Vernünftigen einsichtig. Doch länger als bis zur nächsten Wahl denken die heutigen, mediengerechten Politiker sowieso nicht. Noch dazu wo die Auswirkungen einer Gegensteuerung nicht unbedingt populär sein dürften. Es gibt nämlich keinen anderen Weg, als in der Weltwirtschaft endlich Gerechtigkeit durchzusetzen. Wir müßten, und hier könnte die von Ihnen so hochgeschätzte Europäische Union endlich einmal wirklich für die Allgemeinheit und nicht nur für die Gruppe der Unternehmer nützlich werden, einen Einfuhrstopp für Produkte verhängen, bei deren Erzeugung nicht gewisse Mindeststandards im Sozial- (Mindestlöhne, Gesundheits- und Altersversorgung) und Umwelt-Bereich eingehalten wurden. Nur dadurch kann wirklich gewährleistet werden, daß unsere Betriebe konkurrenzfähig bleiben, ohne unser Sozialsystem durch Dumping zu ruinieren. Denn das momentane Gerede über die Menschenrechtssituation in gewissen Ländern ist ja bloß heuchlerisch und bringt wenig. Setzten wir aber ein solch klares Zeichen des Boykotts, könnte sich kein Land auf seine besondere Kultur herausreden, wie dies beispielsweise die chinesischen Führungskräfte derzeit immer wieder tun, denn was wir Europäer, bedingt durch unsere Kultur, tun, sprich kaufen, ist wohl unsere Angelegenheit, es wäre ja niemand gezwungen mit uns Handel zu treiben. Aber da liegt auch schon der Haken der ganzen Sache; wir müßten etwas tun, und zwar verzichten. Doch wäre dieser Verzicht im Interesse aller, in unserem und in dem der ausgebeuteten Menschen in den ärmeren Staaten. Wie man an Ihrem, letztlich leider sinnlosen Sparpaket, das nur die sozialen Unterschiede vergrößert, sehen kann, ist die Bevölkerung bereit manches zu tragen, wenn sie glaubt, daß es notwendig ist.
Hätten Sie nicht so <u>bedingungslos</u> die Grenzen für die Herren Unternehmer geöffnet, wären Sie übrigens nicht gezwungen gewesen, derartige "Reformen" zugunsten des im Vergleich zu den Menschen nun viel mobileren Kapitals zu machen. Sehen Sie denn nicht, daß Ihre Konzepte nicht greifen, langfristig gesehen gar nicht greifen können? Das Kapital wird sich immer noch bessere Bedingungen suchen, bis keine effektivere Ausbeutung mehr möglich ist! Alle möglichen und unmöglichen Zusammenhänge werden derzeit gesehen oder zumindest behauptet (Zeitalter des vernetzten Denkens, Esoterikwelle), doch hier sind Zusammenhänge, die so offensichtlich sind , daß sie zum Himmel schreien und niemand will sie sehen und in der Öffentlichkeit beim Namen nennen, nur weil sie kurzfristig gesehen etwas unangenehm sind, besonders für die Mächtigen und Wohlhabenden, die zur Zeit nur schauen das ihre ins Trockene zu bringen.
Ich kann Ihnen mit Blick auf die Geschichte mit ruhigem Gewissen versprechen, mit law and order und militärischen Grenzfestungen werden sich die aus Ungleichheiten resultierenden Spannungen auf Dauer nicht niederhalten lassen, zu leicht sind die technischen Möglichkeiten eventuelle

Inseln der Seligen mit Unheil zu verseuchen. Es wird keiner Minderheit gelingen sich gegen eine unzufriedene Mehrheit abzuschotten, nicht einmal die oftzitierte 2/3-Gesellschaft ist in der Praxis lange aufrechtzuerhalten.
Doch zurück zum von Ihnen mitgetragenen Sparpaket. Das geht schon allein deshalb ins Leere, weil wie gesagt das freie Kapital immer noch bessere Konditionen fordern wird, wenn nicht die Rahmenbedingungen geändert werden. Daß aber diese Rahmenbedingungen, von manchen gerne "Gesetze" des freien Marktes genannt, ebenso unabänderlich wie naturwissenschaftlich formulierte Regelmäßigkeiten seien (die auch manchmal revidiert werden müssen) ist nichts als eine religiöse Überzeugung einer neuen Gattung von nicht unbedingt uneigennützigen Gläubigen. Was Eigentum ist und nach welchen Regeln es erworben bzw. verteilt wird, ist, wie ein am Ende des 20. Jhdts. Lebender aus ethnologischen Vergleichsstudien weiß, reine gesellschaftliche Konvention. Objektiv ist dabei nur, ob eine solche Konvention in sich schlüssig, ohne Widersprüche ist, und ob sie in der Praxis das leistet, was sie verspricht. Das nämlich ist überprüfbar - in der von dem berühmten Österreicher Karl Popper geschaffenen Terminologie falsifizierbar - und meines Erachtens für den Liberalismus schon längst falsifiziert. (Auch wenn Popper dies nicht wahrhaben wollte.)
Wer wollte etwa die kumulativen Eigenschaften des Kapitals im derzeitigen System, die schon Marx beschrieb und die zu großen Ungerechtigkeiten führen, wegleugnen? Wer wollte leugnen, daß der entfesselte Markt nicht jene Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen hat, die ihm seine Befürworter konstatieren, sondern vielmehr versucht, die Menschen nach seinen Gegebenheiten zur Gewinnmaximierung zu manipulieren, durch die Werbung, durch die Medien insgesamt. Dieser Einfluß ist, was oft übersehen wird und doch eigentlich eine Binsenweisheit ist, nicht nur produktspezifisch, sondern wirkt auf die Grundhaltung der Leute ein. "Der Kunde ist König" - solange, vielleicht sogar nur solange ich also konsumiere und irgendwelche "Serviceleistungen" in Anspruch nehme, darf ich mich königlich fühlen, lauten die uns bis in die tiefsten Markschichten hineinsuggerierten Slogans, die unser Verhalten bestimmen, obwohl wir rational um ihren Trug wissen.
Nicht selten wird auch eine Ankurbelung des privaten Konsums zur Erhaltung und Schaffung von Arbeit gefordert. Doch Arbeit ist kein Selbstzweck! Sie muß erstens der Würde und der Natur des Menschen entsprechen, weshalb die Schaffung von zusätzlichen Nachtarbeitsplätzen eher konterproduktiv ist. Auch die Vermeidung von Resourcenverschwendung und von Umweltschäden müssen grundsätzlich Priorität haben. Es gibt aber keinen Grund zu Befürchtungen, daß es an - für den Menschen ja auch aus psychischen Gründen notwendiger - Beschäftigung mangeln würde. Im Gegenteil, gerade die Umweltproblematik und die Not in der Welt stellt uns vor schier unlösbar große Aufgaben, die endlich angegangen werden sollten. Sollten, denn für diese Dinge fehlen in unserem jetzigen Gesellschaftsmodell die nötigen Mittel. Im Klartext, unsere Kultur ist unfähig sich derart zu organisieren, daß ihre Lebensgrundlagen erhalten bleiben, und damit nach den ja so modernen evolutionistischen Denkansätzen eigentlich zum Untergang verurteilt. Wir könnten beispielsweise uns zum Ziel setzen in den nächsten 50 Jahren alle Dächer unserer Häuser mit photovoltaischen Solarzellen auszustatten und in Kombination mit den derzeitigen Wasserkraftwerken, etwaigen Windkraftwerken und riesigen sicherlich für derartig unregelmäßige Energiequellen unerläßlichen Brennstoffzellenspeicher einen gewaltigen Anteil des Bedarfs an Energie umweltfreundlich gewinnen. Aber wo kein Wille, da kein Weg. Man investiert lieber Unsummen in Marketing um den Leuten noch mehr unnötigen Ramsch anzudrehen

und sie rund um den Globus zu locken - ohne daß sie dadurch glücklicher werden.
Selbstverständlich kann man auch Arbeitsplätze schaffen, indem man die Geschäftsöffnungszeiten ausweitet. Die dadurch angeblich gewonnene Steigerung der Lebensqualität scheint mir allerdings etwas zweifelhaft, aber vielleicht sind die Leute schon so verblödet, daß nur noch beim stumpfsinnigen Herumirren in den Kaufetagen froh werden. Denn auch bei den bisherigen Öffnungszeiten ist niemand verhungert, weil er sich trotz des Besitzes an nötigen Finanzmittel aus Zeitgründen nicht mit Lebensmittel eindecken konnte. Eine Abnahme der Hektik unter den Zeitgenossen, weil sie nun in "Ruhe" einkaufen können, ist ebensowenig festzustellen. Und darüber hinaus: mehr fressen können oder zumindest sollen die geschätzten Durchschnittsbürger unseres Landes auch nicht, selbst wenn die Läden rund um die Uhr nicht mehr dicht machen sollten!
Eine weitere ständig wachsende Branche, die die verlorengegangenen Industriearbeitsplätze ersetzen soll, ist der Tourismus. Also zieht es die Leute immer weiter weg, und unter gewaltiger Umweltbelastung finden wahre Völkerwanderungen vor allem zu Land und in der Luft statt. In der Suche nach dem verlorenen Paradies finden sich die Massen dann in den sich stauenden Blechlawinen wieder, oder verpesten in einem Flug soviel Luft wie tausend Autos in einem Jahr. Vierzehn Tage Glück, das unter anderem oft darin besteht, wie Ölsardinen an einen Strand geschlichtet zu sein und sich das raufgeschmierte Öl in einer sowieso schon schmierigen Brühe wieder herunterwaschen, und das für ein ganzes Jahr Frust, das bringts! Meine Aussage, daß das Pflaster von Paris letztlich auch nicht viel anders ist als das von Linz, wird meist nur mitleidsvoll belächelt, hoffentlich werden jene nicht noch heulen - über ihre jetzige Haltung.
Ebenfalls auf Unverständnis stoße ich, ein grundsätzlicher Befürworter sinnvoll eingesetzter Chemie, mit meiner Ablehnung von Kosmetik und unpraktischer Kleidung. Als Mann kann ich jeder Frau versichern, daß sie grundsätzlich machen kann, was sie will, es wird immer Männer geben denen sie gefällt und welchen denen sie nicht gefällt. Ein Vergleich der Mode verschiedener Zeiten sollte eigentlich genügen um den Schwachsinn der Werbung der Schönheitsindustrie zu entlarven. Mir gefällt die momentane Freiheit, daß sich jeder ungezwungen bequem kleiden kann, sehe aber diese Freiheit durch Geschäftsinteressen wieder in Gefahr. So "bio" kann die Kosmetik gar nicht sein, noch die Mode so schick, daß wir uns, insbesondere aber auch die Frauen sich, dem Diktat irgendwelcher psychologisch geschulter Marketingfachleute unterwerfen sollten, wie wir auszusehen haben. Damit mich niemand mißversteht, ich will keinem seine violett-grünen Haare verbieten, noch ausreden, wenn er oder sie sie nur aus ganz persönlicher bewußter Entscheidung trägt. Keine Frau soll auf ihren Lippenstift und die meines Erachtens furchtbaren Stöckelschuhe verzichten müssen; was ich wünsche, ist eine offene Diskussion über die Sinnhaftigkeit der von der Werbung propagierten Werte - keine Zensur! - und diese Diskussion wäre meiner Meinung nach auch eine Aufgabe der Politik innerhalb einer demokratischen Gesellschaft.
Ich bin der festen Überzeugung, eine solche Diskussion würde einige Einsparungspotentiale aufdecken, und zwar nicht solche auf Kosten der sozial Schwächeren wie die momentan propagierten. Dadurch wären wir dann auch in der Lage die globalen Aufgaben zu erbringen, die absolut lebensnotwendig sind. Es kann nur in unser aller Interesse sein den sozialen Frieden überall zu sichern bzw. aufzubauen. Gerade auch das Beispiel der islamischen Länder zeigt die Gefahren, die die Verarmung großer Massen in sich birgt, denn dort ist eine politische Radikalisierung mit zahlreichen bereitwilligen Märtyrern nicht mehr fern.

All jenen Politikern, auch denen aus Ihren Reihen, die noch immer dem amerikanischen Traum einer Karriereglücksspielgesellschaft (auch gern Risikogesellschaft genannt)anhängen, sei empfohlen bei ihrem nächsten USA-Aufenthalt mit ihren feinen Kleidern und Aktenköfferchen einen Fußmarsch quer durch eine der großen Metropolen zu machen. Wenn sie dabei am anderen Stadtrand völlig unbeschadet ankommen, reden wir weiter. Die Chancen dafür sind allerdings gering, denn stets via TV vermittelt bekommen, daß einem dies und jenes zum Glücklichsein abgehe, sich aber andererseits kaum etwas leisten können, ist für die Masse an Verlierern, die eine solche Gesellschaftsordnung produziert, einfach sehr frustrierend, die Neigung zur Gewalt eine logische Konsequenz. Die äußerst humane Praxis des Wegsperrens und der Todesstrafe kostet übrigens auch etwas.
Daher versucht man die Leute ja auch mit der Aussicht auf das große Los bei der Stange zu halten, das natürlich wieder nur wenigen zu Gute kommt, nicht immer den Bedürftigsten. Manche, gar nicht so wenige bringen halt auf Dauer die Geduld nicht auf und müssen dann doch kostspielig aus einer solchen Gesellschaft entfernt werden. Aber ich wende mich in diesem Schreiben ja an Menschen, die soziale Gerechtigkeit und Humanismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, oder? Ihnen muß man doch nicht mit dem Damoklesschwert drohen, das eine solche Timokratie darstellt. Dennoch scheint auch der ORF schon längst auf den besten Weg sich für die Aufgaben in der Glückspielgesellschaft anzupassen. Die Zahl der Gewinnspiele ist in den letzten Jahren nicht gerade gesunken, was bei dem neuen Mann an der Spitze wohl auch kaum zu erwarten war. Glück für die Glücklichen, Pech für die Pechvögel, auf, laßt uns umverteilen - von den vielen auf wenige. Und weil unser Land in dieser Hinsicht absolut unterversorgt ist, es gibt ja längst noch nicht so viele private Kabel- und Satellitenfernsehanbieter wie in den vorbildlichen USA, muß auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Menge Geld für teure Lizenzen von Hollywoodproduktionen hinblättern, das dann durch die Ausweitung der Werbezeiten wieder hereinkommen muß. Das ist wohl die neue Auslegung der im Rundfunkgesetz festgelegten Bildungs- und sonstigen Aufgaben des ORF.
Apropos Bildung - der soll ja, wenn es nach den Vorstellungen bedeutender Köpfe geht, in Zukunft mehr Wertschätzung entgegengebracht werden. "Bildung muß etwas kosten" lautet die Devise, nur so wird sie auch geschätzt. Deshalb soll ab nun nicht nur bei den beruflichen Weiterbildungskursen in den diversen Instituten am Abend zur Kasse gebeten werden, sondern auch wieder Studiengebühren eingehoben und private kostenpflichtige Eliteschulen eingerichtet werden. Zur leichteren Durchsetzung zunächst mit sozialer Staffelung, aber schon manche haben durchschimmern lassen, daß sie mit dem amerikanischen Modell liebäugeln. Bei dem ist die Situation nämlich so, daß sich mit Ausnahme von außergewöhnlich Begabten jeder die Ausbildung selber, notfalls über Schulden finanzieren muß. Risikofreudig muß man eben sein! Viele werden sich da nicht darüber wagen - auch gut - zu viele Studenten sind nur eine Belastung für das Budget, und die armen weniger begabten oder weniger leistungswilligen Kinder der Wohlhabenden, deren Eltern bereit sind ganzes Geld hinzulegen, bräuchten sich dann nicht mit der lästigen Konkurrenz aus dem Nachwuchs der Arbeiterschicht herumschlagen. Früher hat man dummerweise erst nachher, wenn jemand von seiner Bildung profitierte und entsprechend verdiente, einen Beitrag abverlangt. Dies haben Ihre Genossen nun mittels zweier Steuerreformen, die jeweils den Höchststeuersatz senkten, gründlich eingeschränkt, zumal von der alten Regelung auch so arme Schweine getroffen wurden, die gar nicht durch höhere Bildung sondern durch Vererbung oder Glück zu Reichtum gelangt sind. Die Gefahr allein

durch harte Arbeit in die Einkommenssituation eines Akademikers zu kommen, ist zumindest, wenn man den gesamten Erwerbszeitraum berücksichtigt, nicht allzu groß.
Die Forderung, daß wieder hart gearbeitet werden muß, ist aber sicherlich nicht unterrepräsentiert in der Öffentlichkeit. Den Fleißigen die Welt, ruft nicht nur eine Oppositionspartei, die sich auch nicht nehmen läßt im gleichen Atemzug auf die wahnsinnig große Zahl an sogenannten Sozialschmarotzern hinzuweisen. Denen sind Sie dann auch gleich folgsam mit einer gewaltigen Bürokratie und einem nervenzermürbenden Gesetzesdschungel an den Leib gerückt, der zwar auch die Unschuldigen trifft, was man halt in Kauf nehmen muß. Von einer anderen Schmarotzersorte ist weder von Ihrer Seite noch von anderer die Rede, von den kapitalistischen Schmaroztern, von jenen Wärungsspekulanten beispielsweise, die sich ihre Gewinne über die Stützungskäufe der Nationalbanken auf Kosten der Allgemeinheit holen; von jenen, die sich hohe Dividenden auszahlen lassen und diese statt in Arbeitsplatz schaffende Investitionen in irgendwelche Prestigeobjekt stecken, wie etwa in einen zum künstlichen Geldvermehrungsspiel entarteten Kunstmarkt. Solche und ähnliche Spielchen funktionieren natürlich nur, weil die von den Nationalbanken zur Verfügung gestellten Geldmengen sich nur mehr daran orientieren, einen inflationär wirkenden momentanen Überschuß zu vermeiden, nicht aber an der Produktionsleistung an realen Gütern eines Landes.
Utopischer Spinner, werden mir Experten nun vorhalten, da wird unsere Wirtschaft sofort durch eine durch Währungsspekulanten ausgelöste Deflation ruiniert. Ich gestehe, für einen so kleinen Staat wie Österreich ist es im derzeitigen System fast unmöglich die Geldmengen zu begrenzen. Aber wenn nichts geschieht, dann wird eines Tages der weltweite big-bang einer Hyperinflationskrise über uns hereinbrechen, weil sich die nominellen Kapitalmengen längst schon unabhängig von der realen Güterproduktion vermehren und nur deshalb nicht zu entsprechender Inflation führen, weil sie auf Konten oder in Form völlig überbewerteter Kunstschätze gespeichert und nicht auf den Markt geworfen werden. Das Ausbrechen einer allgemeinen Verunsicherung unter den Anlegern und deren Versuch ihr Geld in Alltagswertgegenstände bzw. Betriebsinvestitionsgüter umzusetzen, wäre fatal. Deshalb sollte sich Österreich für vernünftigere Welthandelsregeln einsetzen, die solche dubiosen, parasitären Geldvermehrungsspielchen unterbinden. Denn gegenwärtig fehlen die Investitionen in solche Spielchen zur Arbeitsplatzschaffung. Außerdem wächst die Macht dieser oft im Hintergrund agierenden Kapitalbesitzer durch die Zinsen zu Lasten von Staaten und breiterer Bevölkerungsschichten rasant an, was demokratiepolitisch äußerst bedenklich ist. Sollte aber, wie gesagt, einmal versucht werden diese Beträge auf einmal auf den klassischen Markt, wie ihn sich Adam Smith und andere Liberalisten vorgestellt hatten, zu werfen, wird die plötzliche Inflation die Kaufkraft der Massen ruinieren und damit die Weltwirtschaft als ganze in eine Krise stürzen.
Es gäbe zwar noch einiges über so manche gegenwärtig totgeschiegene Schmarotzersorte zu sagen, aber ich will jetzt auf den eben erst gefallenen Begriff der Produktionsleistung eines Landes eingehen. Diese wird ja üblicherweise im Bruttosozial- oder österreichisch Bruttonationalprodukt zahlenmäßig ausgedrückt. Ein Begriff, der einige recht pikante Seiten hat, die ein ganz besonderes Licht auf die Wirtschaftstheoretiker wirft, denen bislang nichts besseres einfiel, obgleich sie durchaus Zeit dafür finden hätten können, wenn sie diese etwa nicht damit vertrödelt hätten, den Schwachsinn des Manchesterliberalismus aus dem vorigen Jahrhundert neu aufzuwärmen oder blöd zuzusehen wie der Keynesianismus an seine Grenzen stößt. Naja, im Nachhinein schimpfen ist

vielleicht unfair, aber ein Großteil der Herrschaften tut jetzt noch immer nichts besseres! Doch zurück zum BNP, um dessen ständiges Wachstum sich fast jede Regierung ängstlich bemüht, obwohl schon in den 70-er Jahren von Grenzen die Rede war, die Problematik dieses Handelns also nicht neu ist. Das sogenannte reale BNP stellt wie jeder etwas Gebildete weiß, die Summe aller Leistungen, die in einem Land erbracht werden, dar. Aller? Da kommt schon der erste Haken an der Sache, denn was beispielsweise Hausfrauen für ihre Angehörigen leisten zählt da nichts. Man würde daher den Politikern, die unser Wohlbefinden im BNP messen, wirklich eine Freude machen, wenn man nicht heiraten, sondern ein Dienstverhältnis eingehen würde. Auf diese Art würde nämlich unser angeblicher Wohlstand wachsen. Zur Entschädigung für das Unverständnis in den Haushalten helfen die heutigen Betriebe mit das BNP zu steigern. Sie produzieren nämlich Produkte, die keine so hohe Lebensdauer mehr haben im Vergleich zu den in dummen früheren Zeiten hergestellten. Daher wird früher Ersatz benötigt - und der Umsatz steigt und damit auch das BNP, wenn auch bei ausländischen Produkten nicht gleich stark, der Anteil des österreichischen Handels bleibt aber allemal. Ein schlampiger Handwerker sollte eigentlich vom Staat prämiert werden, denn je früher er wieder kommen muß desto größer unser Wohlstand. Gut, daß wir urwüchsigen Alpenlandbewohner so brav am neuen Kommunikationszeitalter teilnehmen und uns kräftig mit Handies eindecken. Nun können wir allein durch unsere Gespräche zur Erhöhung des BNP beitragen, was früher über den Gartenzaun oder im Stiegenhaus eines Wohnkomplexes, oder gar im privaten Freundes- und Familienkreis nicht möglich war. Was ist Wahrheit, fragte Pilatus, was ist Wohlstand, frage ich. Ebenso wie die erste wird sich auch meine Frage in dieser Welt nicht völlig zufriedenstellend beantworten, schon gar nicht in irgendwelche Zahlen fassen lassen, wie uns jene Wirtschafts(un)wissenschaftler vorgaukeln wollen. Aussagekräftiger wären da schon Parameter wie die Arbeitslosenrate, die Nachfragesituation am Wohnungsmarkt, die Verschuldungssituation der privaten Haushalte, der Gesundheitszustand der Bevölkerung und die in Meinungsumfragen ermittelte Zufriedenheit, so wage das alles auch sein mag - vielleicht fällt jemanden etwas besseres ein, ich bin ja kein Experte - es ist immer noch besser als das BNP, um als Richtschnur einer verantwortungsvollen Politik zu dienen, die nicht nur die Wünsche der Kapitalisten vor Augen hat.
Einer der genannten Parameter, die Zufriedenheit, ist übrigens eine sehr interessante Größe, da sie nicht nur von materiellen Umständen abhängt, sondern auch von der Einstellung der Menschen. Deshalb muß ich noch einmal auf die manipulative Werbung, die über sachliche Information hinausgeht, zurückkommen, weil sie eigentlich die Unzufriedenheit mehrt, indem sie künstlich das Begehren schürt. Um diesen unerwünschten Effekt einzuschränken sollte Werbung eigentlich mit einer Sondersteuer belegt werden. Gute Produkte, die keiner großen Propaganda bedürfen, werden dadurch kaum in Absatzschwierigkeiten kommen, um andere, die ausschließlich vom auch von Ihren Politikern stets in höchsten Tönen als so wesentlich gepriesenen Marketing leben, ist wirklich nicht schade. Die rasant wachsende Werbeindustrie hat ja keinen direkten Nutzen für das Leben der Menschen, außer sie mit einigen Produkt- und Preisinformationen zu versorgen, welche die meisten Käufer ohnehin in den Geschäften meist vor Ort nochmals einholen. In derlei Informationen liegt eine gewisse Berechtigung für Werbung, weshalb ich ja kein Verbot bzw. keine Zensur, sondern nur eine Verteuerung fordere, die wie gesagt Produkten die nur von Überredung leben, den gar aus macht. Darüber hinaus ist der Informationsgehalt der aufwendig gestalteten Medien meist sehr dürftig, was insbesondere auch auf Wahlwerbung zutrifft. Ich komme

mir jedesmal verarscht vor, wenn ich die auch mit Steuergeldern finanzierten riesigen Plakatwände mit bekannten Visagen ohne wesentliche Neuigkeiten sehe. Ich muß gleich hinzufügen, daß ich nichts gegen eine staatliche Wahlkampfunterstützung habe, denn die politischen Parteien sollen wirtschaftlich nicht auf Gedeih und Verderb von privaten Sponsoren abhängen, sonst können wir uns das demokratische Getue gleich sparen und den jetzt schon im Schatten (gerade auch über die EU) mitregierenden Leuten aus der Wirtschaft die Macht völlig übergeben. Aber es wäre halt schön, wenn man den mündigen Bürgern, die immer wieder beschworen werden, von denen es jedoch leider offensichtlich zu wenige gibt, statt der üblichen Phrasendrescherei handfeste sachliche Information bzw. Diskussionsgrundlagen liefern würde. Am Beginn der Arbeiterbewegung standen Denker, die den Leuten Ideen zu verkünden hatten, die sie auf Zusammenhänge aufmerksam machten und Lösungsansätze vorschlugen, die nicht ihre Karriere sondern eine bessere Gesellschaft vor Augen hatten. Damals gab es wirklich Visionen, heute wird nur darüber geredet.

Denn, was sind das für Visionen, die Sie uns heute vorsetzen? Etwa Ihre faulen Kompromisse mit dem Kapital, das Sie vergötzen? Zu denen auch die zwar gut klingende Devise von der "sozialen" Staffelung staatlicher Leistungen gehört, die Sie eben einführen wollen, die jedoch näher betrachtet gar nicht sozial ist, wie man leicht einsehen kann. Denn einerseits wollen Sie ständig die Wirtschaft mit Steuersenkungen "entlasten", andererseits sollen nun die, die das Geld haben, selbst für bisher staatliche Leistungen aufkommen. Da bleibt doch insgesamt nicht mehr Geld für andere Investitionen. Ein Nullsummenspiel also. Aber nein, sagen die Liberalisten, privat ist alles effizienter, weil jeder auf sein Geld schaut. Nein sage auch ich, aber zu diesem ideologischen Unfug. Ist das effizienter, wenn nun überall kontrolliert werden muß, ob jemand sozial bedürftig ist, oder nicht? Es werden dadurch nicht nur die Leistungsempfänger stigmatisiert, sondern auch ein riesiger Verwaltungsaufwand produziert. Es geht bei diesen Leistungen ja um Grundbedürfnisse und nicht um irgendwelchen Luxus, der dem einzelnen bisher ohne jede Notwendigkeit aufgezwungen wurde. Vor allem sind hier Bildung und Gesundheitsversorgung zu nennen. Es mag sinnvoll sein, auf Medikamente eine gewisse Rezeptgebühr einzuheben, da hier tatsächlich die Gefahr besteht, daß sonst die Leute zu sorglos sind, und sich neue Medikamente verschreiben lassen, obwohl sie noch brauchbare alte übrig haben. Was jedoch der Sinn einer Krankenscheingebühr sein soll, ist äußerst mir fraglich, geht doch kaum jemand grundlos zum Arzt, um sich dort vielleicht zu blamieren. Und der Prozentsatz an Personen, die sich einfach so freiwillig ins Krankenhaus legen, dürfte ebenfalls verschwindend gering sein. Ob der Patient das nun ständig angehobenes Taggeld zahlen muß oder nicht, er wird sich in der Regel an die Empfehlung der ihn betreuenden Ärzte halten, was die Dauer seines Aufenthaltes betrifft. Bleibt zu hoffen, daß das neue Spitalsfinanzierungsgesetz, an dem auch Sie mitgewirkt haben, eine Lösung bringt, die sowohl auf Sparsamkeit als auch auf das Wohl der Patienten in gleicherweise bedacht nimmt. Gerade um letzteres zu gewährleisten, trete ich entschieden dafür ein, daß die Gesundheitsversorgung in staatlicher Hand verbleibt und zwar für jeden. "Alle Menschen sind frei und <u>gleich</u> an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen", lautet der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Resolution der UN-Vollversammlung vom

10.Dezember 1948). Dieser Gleichheitsgrundsatz, einer der Pfeiler unserer demokratischen Verfassung, verkommt zur Farce, wenn die Medizin zwar stets neue, meist noch aufwendigere Techniken entwickelt, diese aber dann nur einem auserwählten Kreis von Begüterten zu Gute kommen. Für den nackten Menschen mit seinen Gebrechen und Leiden muß eine demokratische Gesellschaft gleich viel übrig haben, sonst können wir uns das Gefasel über gleiche Würde sparen! Außerdem verliert sonst die geschätzte Oberschicht absolut den Bezug zum niedrigen Pöbel mit seinen Sorgen. Da gibt es nämlich schon jetzt manche, die nicht wissen, wie sie sich einen Zahnersatz leisten sollen, der zum Beispiel nicht das Kiefer ruiniert. Beim Herrn Doktor und unter dem Messer im Spital gleiches Recht für alle, vom Bundespräsidenten bis zum Sandler, dann bleibt auch die Qualität der breiten Gesundheitsversorgung erhalten, keine Sorge. Auch in der Bildung, die ich schon weiter oben einmal behandelt habe, finde ich eine Staffelung der Leistungen des Staates nicht sinnvoll. Denn meiner Meinung nach sollten zum Beispiel auch die Kinder von Besserverdienern Studienbeihilfe beziehen können, unter den selben Konditionen, was Leistungsnachweise und Anspruchsdauer betrifft versteht sich. Dazu müßten natürlich die Einnahmen des Staates erhöht werden, am besten, indem man die in zwei Steuerreformen gesenkten Höchststeuersätze wieder anhebt. Es kann den Betroffenen ja egal sein, ob sie mehr Steuern zahlen, oder direkt für ihren Nachwuchs tiefer in die Tasche greifen müssen. Und jene, die aus welchen Gründen auch immer, keine Kinder haben wollen oder können, profitieren ja insofern von den Anstrengungen der anderen, als sie ohne nachwachsende Generationen auch ohne Altersversorgung dastünden, mehr noch die ganze Infrastruktur, von der sie wie jedes Mitglied der modernen Gesellschaft abhängen, zusammenbrechen würde. Aus diesem Grund ist es völlig rechtens, wenn alle für die Kosten der Erziehung und Bildung herangezogen werden. Gerechter als die momentane Lage wäre diese Regelung allemal, da dann der Leistungsdruck besser verteilt würde. Zudem könnte man sich viel Geld in der Bürokratie sparen. Das würde zwar auch Arbeitsplätze kosten, aber ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß Arbeit kein Selbstzweck ist, noch dazu wo es soviel Wichtigeres zu tun gäbe.

Ein Thema, das mit der Bildung, speziell der universitären, in engen Zusammenhang steht, stellt die Forschung dar. Allerdings weist die Entwicklung bereits in die Richtung, diesen Zusammenhang stärker aufzubrechen. Private Innovation bzw. Kooperation mit privaten Sponsoren wird überall als Ausweg aus verkrusteten Strukturen verkündet. Daß die Freiheit der Forschung und ihre ausschließliche Bindung an die Interessen der Allgemeinheit damit preisgegeben werden, verschweigt man. Zu einem der brisantesten Beispiele zählt etwa die Gentechnik. Hatte man die gefährliche Atomwissenschaft doch großteils in staatlicher Kontrolle belassen, wird diese neue, potentiell mindestens so gefährliche Wissenschaft weltweit gesehen schon längst mehrheitlich privat betrieben. Private Forschung strebt aber nach möglichst schnell verwertbaren Ergebnissen, weshalb es ihr oft an Weitblick und Vorsicht mangelt. Grundlagen, die nur für Sicherheitsfragen relevant sind, oder Ziele, deren Vermarktung nicht so erträglich erscheinen, kommen zu kurz. Ich bin kein dogmatischer Gegner der Genetik und auch nicht prinzipiell gegen genetische Manipulation. Ich bin sogar überzeugt, daß diese Forschung unumgänglich ist, obwohl die Wahrscheinlichkeit von entsetzlichen Unfällen oder Mißbrauch geradezu an die absolute Gewißheit

zu grenzen scheint. Die wachsende Weltbevölkerung und andere Faktoren lassen uns kaum eine Wahl. Was den Eingriff in das menschliche Erbgut betrifft, werden wir voraussichtlich in fernerer Zukunft einmal vor der Entscheidung stehen, ob wir den Personenkreis, der zur Elternschaft zugelassen wird, einschränken, oder die aus der in Folge der modernen Medizin resultierende mangelnde physische Selektion durch Reparatur am Erbgut kompensieren. So eilig, wie manche meinen, haben wir es dabei aber längst nicht. Übereiltes Handeln kann hier nur zum Schaden aller gereichen, und das nicht nur bei genetischer Manipulation am Menschen selbst. Mein Einblick ist nur der eines interessierten Bürgers, aber was ich weiß, reicht um sich auf den Kopf zu greifen und zu fragen, ob die akademisch gebildeten Leute, die sich auf diesem Gebiet betätigen, total wahnsinnig sind. Als man die ersten Gehversuche in der Atomtechnologie machte, war die Naivität der Fachidioten noch begreiflich. Man kannte die Gefahren nicht und war sich auch der allgemeinen Risken von Industrie und Technik noch nicht bewußt. Alles schien damals machbar. Fast kindlich wie schon die Aufklärer glaubte man an die Vernunft und an sich selbst. Doch inzwischen sollten wir durch Erfahrung klüger geworden sein und langsam unsere Grenzen und Irrtumsanfälligkeit erkannt haben. Wieder einmal sind die Gefahren kaum abzuschätzen, nur zu ahnen. Dennoch wird unbekümmert herummanipuliert und, was nahezu ein Verbrechen ist, einfach freigesetzt, ohne auch nur annähernd ausreichend lang in gesicherten, hermetisch abgeschlossenen Systemen Wechselwirkungen mit allen derzeit bekannten, Faktoren getestet zu haben. Um halbwegs verantwortungsvolle Freisetzungen, insbesondere von Mikroorganismen, durchführen zu können wären meines Erachtens 20 - 50 jährige intensive Forschungen nötig. Doch dem steht der Wunsch nach raschem Profit entgegen. Darum müßte der gesamte Forschungsbereich der Genetik der Privatwirtschaft sofort entzogen werden. Lizenzen für die Nutzung etwaiger Erkenntnisse sollte kostenlos an alle Bewerber, die die vorgeschriebenen strengen Auflagen erfüllen, vergeben werden. Kein Patentrecht für Gene also, im Gegenteil, alle bisherigen Rechte sollen unter angemessenen Entschädigungen an die Staaten, besser an die internationale Staatengemeinschaft übergehen. Diese sollte auch die weitere Forschung koordinieren. Wieder einmal utopisch, nicht wahr? Sollten aber einmal Millionen an einer Seuche krepieren, die ihre Ursache in einem Gensupergau hat (um es in typischem Journalistenjargon auszudrücken), dann werden wahrscheinlich auch etliche Verfechter der jetzigen Praxis wünschen, man hätte meinen Vorschlag verwirklicht - bevor sie von der wütenden Masse gelyncht werden. Trotz des Wissens um die furchtbaren Gefahren der Gentechnik, so kann sich ja im Gegensatz zu radioaktiven Substanzen ein in geringsten Mengen freigesetzter Mikroorganismus absolut unkontrolliert vermehren und die ganze Welt ohne "verdünnende" Abschwächung heimsuchen; trotz dieses Wissens also glaube ich, daß die Menschheit von der Nutzung der Atomkraft absehen, die Möglichkeit einer zukünftigen Gentechnologie aber sorgfältig prüfen sollte. Denn Kernreaktionen sind ohne Menschen auf der heutigen Erde nicht vorhanden. Die Probleme des Atommülls, der für, in menschlichen Maßstäben gemessen, unabsehbare Zeiten extrem gefährlich bleibt, sind fast nicht befriedigend zu lösen. Und die Kosten um ein Kernkraftwerk, das vielleicht 50 Jahre seinen Dienst getan hat, wieder umweltgerecht zu beseitigen, oder weiß Gott wie lange zu erhalten, damit die verseuchten Gebäudeteile nicht in die Biosphäre gelangen, stehen in keinem Ver-

hältnis zu der von mir propagierten Solarenergie. Veränderungen im Erbgut von Lebewesen, auch solche zum Schaden der Menschen, kommen dagegen tagtäglich vor, völlig unkontrollierbar. Die große Weltbevölkerung bietet zudem Krankheitserregern genügend "Versuchsobjekte" an um sich optimal an den Wirt Mensch anzupassen und sich dann auszubreiten. Unsere bisherigen Waffen, die Antibiotika, werden unter dieser wachsenden Anpassung immer stumpfer, übrigens nicht ohne unsere Schuld, wurden sie doch zu sorglos massenhaft nicht nur für jede Kleinigkeit beim Menschen eingesetzt, sondern auch vorbeugend in der Massentierhaltung. Darüber hinaus sorgen nun die Genpfuscher für eine Verbreitung von Resistenzgenen. Aber was geschehen ist, ist geschehen, da läßt sich in dem Fall schon gar nichts mehr rückgängig machen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu versuchen, die Mechanismen zu verstehen und dieses Verständnis zu unserem Vorteil einzusetzen. Aber Vorsicht über Vorsicht ist dabei angesagt, sonst besteht gar keine Chance, daß wir nicht tausendmal mehr Schaden anrichten. Wir müssen uns vor allem mehr Zeit lassen und den sogenannten Fortschritt ins Ungewisse etwas einbremsen. Genau da werden nun viele Kritiker einhaken. Meine Ideen würden die Forschung nicht bloß auf ein vernünftiges Maß einbremsen, sondern fast ganz zum Erliegen bringen, habe sich doch längst gezeigt, daß staatliche Forschung mit ihren beamteten Bediensteten nichts weiter bringe. Mag sein, daß diese Kritik dort und da ihre gewisse Berechtigung hat, aber der Wettbewerb in der Privatwirtschaft ist nicht die einzige Art zu effizienter Leistung anzuhalten und auch nicht immer die beste, wie ich bereits andeutete. So könnte man den einzelnen Instituten mehr finanzielle Freiheit gewähren, dann aber auch die Effizienz der Verwaltung durch eine Kommission alle paar Jahre streng prüfen lassen, die per Los aus einem größeren österreichweiten Personenkreis zusammengestellt wird und sich selbst um geeignete Sachverständige umsieht. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren, die zu wenig leisten, sollten dann auch entlassen werden können, die Pragmatisierung zumindest dieser hohen Positionen ist abzuschaffen. Es ist nämlich nicht einzusehen, daß einige auf sicheren, unkündbaren, gutdotierten Posten sitzen und von dort aus via Medien fordern, daß Bildung etwas kosten müsse, bei anderen also Abbau sozialer Absicherung verlangen. Das oben erwähnte Zitat stammt nämlich von einem österreichischen pragmatisierten Universitätsprofessor, dessen Namen mir leider entfallen ist.

Doch nun ist es genug. Ich wüßte noch vieles, was ich schreiben könnte, zum Beispiel über die Agrarpolitik, der jedes Maß für den Mittelweg zwischen Ökoidylle und totaler Vergroßindustrialisierung fehlt, und dem Wahnsinn Lebensmittel kreuz und quer durch Europa zu schicken, aber ich merke beim Durchlesen schon, daß ich bereits jetzt zuviel, vielleicht auch zu schlecht geordnet oder formuliert in diesen Brief verpackt habe. Darum will an dieser Stelle noch einmal auf den wesentlichsten Punkt meines Schreibens hinweisen. Es ist das die Forderung durch ein Importverbot für Waren, die nicht unter Einhaltung gewisser Mindeststandards im Sozial- und Umweltbereich hergestellt wurden, den Ruin unseres Sozialnetzes infolge der Kapitalabwanderung zu stoppen. Denn ohne die europäischen Käufer werden es die meisten internationalen Produzenten schwer haben zu überleben. Glauben sie aber auf diesen Markt verzichten zu können, auch gut, dann werden in unseren Breiten Betriebe entstehen, die den Bedarf bei uns decken und die vielleicht bislang wegen des ungleichen Wettbewerbs nicht bestehen konnten. Halten sich die Pro-

duzenten an die Regeln, so wird an den dortigen Standorten Wohlstand und Kaufkraft aufgebaut, sodaß unsere Betriebe ihrerseits dorthin exportieren können. So oder so wird das verruchte Sozialdumping, das die Staaten mit ihrer Standortsicherungspolitik zu willfährigen Sklaven abschöpfender Anleger macht, unterbunden. Denn, wie gesagt, das Kapital wird sich, wenn wir ihm nicht klare Grenzen stecken, immer bessere Konditionen herausschlagen. Mobiler und flexibler als die arbeitenden Menschen ist das Geld unter den derzeitigen Bedingungen allemal. Das muß aufhören! Das muß sich ändern, Sie kurzsichtige Standortsicherer!

Nicht hochachtungsvoll
ein nachdenklicher 26-jähriger Student

PS: Sollten Sie glauben den ganzen Schwachsinn in diesem Brief damit abtun zu können, daß Sie ihn in den nächsten Papierkorb entsorgen, dann seien Sie darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um ein öffentliches Schreiben handelt, für dessen Verbreitung ich Sorge tragen werde. Außerdem werde ich mich soweit nur irgend möglich dafür engagieren, daß die hier geäußerten Gedanken in der Gesellschaft zur Diskussion gelangen. Ich bin zudem keineswegs der einzige kritische Denker mit Ideen, wie sie hier vorgebracht wurden.

Gedanken zu einer nachhaltigeren Gestaltung der europäischen Wirtschaft

Die bedingungslose Liberalisierung des Welthandels führte einerseits zu einer partiellen Deindustialisierung Europas, andererseits zu einer ausgelagerten Produktion unter teilweise sklavenähnlichen Zuständen in sogenannten Billiglohnländern. Die Rahmenbedingungen ermöglichen unter dem Schlagwort der „Wettbewerbsfähigkeit“ überdies die Durchsetzung eines schleichenden Sozialdumpings, das einen zuvor aufgebauten breiten Mittelstand in Westeuropa langsam mehr und mehr ruiniert. So konnte in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts selbst ein Hilfsarbeiter in Deutschland oder Österreich als Alleinverdiener eine vierköpfige Familie sehr gut erhalten, was heute schon fast undenkbar ist, obwohl durch technologische Errungenschaften eigentlich eine Verbesserung zu erwarten gewesen wäre. Zur Vermeidung der heutigen Zustände hätte man den Abbau der Handelsschranken und Zölle ab den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts an die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in der Produktion knüpfen sollen.

Es bedarf nun endlich hoher einheitlicher ethischer SOZIAL- UND UMWELTMINDESTSTANDARDS FÜR ALLE IM EUROPÄISCHEN BINNENMARKT GEHANDELTEN PRODUKTE,[*] egal ob diese innerhalb oder außerhalb der Union produziert wurden. Dies ist realistischer Weise nur mit Übergangsfristen umzusetzen. Für eine volkswirtschaftlich gesehen ausreichende Kontrolle der Einhaltung würden durchaus Stichproben und ein Whistleblower-System zur Meldung schwarzer Schafe unter den Mitbewerbern genügen. Sollten sich China, Indien etc. innerhalb der Übergangsfristen den europäischen Mindeststandards anpassen, so werden die entstehenden Mittelschichten dieser Länder vermehrt (für sie dann auch leistbare) Konsumgüter aus Europa nachfragen und so den Arbeitsmarkt innerhalb der EU beleben. Sollten diese Staaten solche Standards ablehnen, so wird die europäische Realwirtschaft – vor unfairem Dumping geschützt und damit "wettbewerbsfähig" – die Binnennachfrage abdecken mit ebenfalls positiven Beschäftigungsimpulsen. Da Billiglöhne keine künstlichen Standortvorteile mehr bringen, würden jedoch in vielen Fällen lokale Anbieter wegen der geringeren Transportkosten bevorzugt, was wiederum die verkehrsbedingte Umweltbelastung verringern würde. Man kann andere Teile der Welt nicht zu den viel beschworenen "europäischen Werten" zwingen, vielmehr müssen wir uns selbst konsequent an diese halten und die Menschenrechte und den Umweltschutz gemeinsam mit sich freiwillig ebenfalls dazu verpflichtenden Partnern verwirklichen. Dass die Wirtschaft gewisser Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt bedarf, weil sich sonst immer einige finden, die sich rücksichtslos bereichern, dürfte durch das gescheiterte neoliberale Experiment der letzten Jahrzehnte endgültig bewiesen sein. Nur wenn die breite Bevölkerung ihre eigene Güterversorgung unter fairen Rahmenbedingungen wieder weitgehend selbst hervorbringt, ist die kontinuierlich um sich greifende „Präkarisierung“ in Europa zu stoppen, denn die Billigimporte sind nur scheinbar günstig für den durchschnittlichen Bürger, in Wahrheit fällt dabei ein gewaltiger Gewinn an globale Investoren und dieser wird der lokalen Volkswirtschaft (Löhne, Sozialabgaben, Steuern etc.) entzogen.

Zur Begrenzung des Bedarfes an industriellen Konsumgütern ist überdies eine EINDÄMMUNG DER GEPLANTEN OBSOLESZENZ (in technischer als auch marketingbedingter Ausprägung) sowie die Förderung langlebigerer reparaturfreundlicherer bzw. leicht recyclebarer Produkte notwendig, und zwar einerseits, um die Abhängigkeit im Rohstoffsektor zu reduzieren, anderseits um die demographischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft (schrumpfender Anteil an Erwerbsfähigen, erhöhter Pflegebedarf) bewältigen zu können. Außerdem könnten durch eine neue Reparaturkultur die eher familienunfreundlichen Industriearbeitsplätze (mit Schichtarbeit etc.) in wertvollere Jobs im Kleingewerbe und Handwerk verlagert werden, ohne die erwähnte menschenverachtende Sklaverei und den enormen Raubbau an den Rohstoffen hervorzurufen, welche die derzeitige Wegwerfgesellschaft mit sich bringt. Sollte dabei wider Erwarten die Einsparung an Arbeit so groß sein, dass trotz fairem Welthandel und sich abzeichnender demographischer Verschiebungen, ein Arbeitskräfteüberschuss herrscht, so könnte dies dazu genutzt werden, das Pensionierungsalter vergleichsweise niedrig zu halten oder die Wochenarbeitszeit zu kürzen. (In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es bereits ernsthafte Überlegungen zu einer 35-Stunden-Woche.) Bei einer entsprechenden Außenhandelspolitik der EU wären diese niedrigen (Lebens-)Arbeitszeiten solange „wettbewerbsfähig“, als keine Ausbeutung nötig ist, um den Wohlstand der Bevölkerung Europas zu garantieren. Derzeit ist es so, dass der internationale Wettbewerbsdruck ältere von Natur aus nicht mehr ganz so leistungsfähige Arbeitnehmer aus Arbeitsmarkt drängt. Volkswirtschaftlich gesehen verursachen die billigen rasch obsolet werdenden Importgüter enorme zusätzliche indirekte Kosten. Am günstigsten wäre es, wenn Standards gegen verfrühte Obsoleszenz noch rascher durchgesetzt werden könnten als die Sozial- und Umweltmindesstandards gegen Dumping. So könnten Engpässe in der Umbauphase der Wirtschaft vermieden werden. Leider, oder sollte man sagen: „In Folge einer höheren Gerechtigkeit“,

[*] ALLE (Importgüter) meint wirklich alle, also auch Rohstoffe und Agrargüter. Eine selektive Ausbeutung, wie sie vor der neoliberalen Phase existierte, sollte ebenso verboten sein. Dies erfordert allerdings auch den Umstieg auf langlebige, leicht reparierbare und recyclierbare Konsumgüter, um einen Rohstoffmangel zu vermeiden. Auf diese Weise würden soziale Ungerechtigkeit und ökologischer Raubbau zumindest von Europa nicht mehr derart massiv finanziell gestützt, wie heutzutage. Die Mitschuld unseres Kontinents an den Missständen in der Welt ist ohnehin bereits gewaltig. Die Vorschläge dürfen daher nicht im Sinne eines traditionellen, nur einseitig Nutzen bringenden Protektionismus gedeutet und missbraucht werden.

ist jedoch davon auszugehen, dass Schwierigkeiten wegen internationaler Versuche, durch Sanktionen etc. die Europäer von diesem Weg abzubringen, auftauchen werden, obwohl es für Länder wie China langfristig besser wäre, ebenfalls auf eine Wohlstand-generierende Binnenversorgung mit möglichst langlebigen Konsumgütern zu setzen. Der Welthandel sollte sich auf den Ausgleich von unvorhergesehenen Produktions- und Nachfrageschwankungen (durch Katastrophen etc.) und einen ökologisch vernünftigen Austausch regionaler Spezialprodukte beschränken. Neben der vorzeitigen Obsoleszenz ist Werbung zur Erzeugung künstlicher Bedürfnisse, die ohne Manipulation nicht bestünden, zu begrenzen. Vielmehr sollte ein genügsamerer Lebensstil gefördert werden.

Um die Demokratie vor einem massiven, zum Teil versteckten Lobbyismus zu schützen, sind zu groß und einflussreich gewordener Konzerne, Banken etc. gemäß dem Grundsatz "DIVIDE ET IMPERA" nach einem neu zu formulierenden, in seinen gesellschaftspolitischen Zielen erweiterten KARTELLRECHT zu zerschlagen, wobei Aktien und Anteile per Los aufgeteilt werden könnten. Dies dient neben der Bewahrung vor plutokratischen Tendenzen, auch der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines funktionierenden Marktes mit Wettbewerb durch Verhinderung von Mono- und Oligopolen. Die Wirtschaftssubjekte müssen auf einer gegenüber der öffentlichen Gewalt, die die Spielregeln im Sinne des Allgemeinwohles festlegen sollte, unbedeutenden Größe gehalten werden.

Darüber hinaus sollten Unternehmensbeteiligungen einer 5 bis 10-jährigen Haltefrist unterliegen, innerhalb der sie nur unter enormen Strafabgaben weiterverkauft werden können. Alternativ könnte eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und die Stimmrechte jener Eigentümer, die sich verpflichten, ihre Anteile mindestens fünf (vgl. etwa Vorstandsbestellungen über Aufsichtsrat) oder mehr Jahre zu halten, mit einem dieser Jahreszahl entsprechenden Faktor multipliziert werden. Dann wäre Schluss mit der Zockerei im Millisekundentakt und auf den Eigentümerversammlungen das Schielen auf den Tageskurs weniger dominant. Außerdem sollten europäische Unternehmen(steile) nur an europäischen Börsen gehandelt werden und strikt europäischen Regeln unterliegen. Eine steuerlich relevante Einbeziehung außereuropäischer Teile in die Gewinn- und Verlustrechnungen sollten nur sehr sehr eingeschränkt möglich sein.

Es sollte auch so etwas wie eine absolute Vermögensobergrenze geben, denn Menschen, die fleißiger oder schlauer sind, sollen durch ihre Leistungen zwar gewisse Vorteile erlangen können, weil ihr Einsatz unter entsprechenden Rahmenbedingungen ja allen zu Gute kommt, jedoch sind der Akkumulation von finanzieller Macht im Sinne des Schutzes der Demokratie auch Grenzen zu setzen, um die Entstehung einer versteckten Plutokratie hintanzuhalten. Leistungslose Einkünfte aus Bankguthaben, Wertpapieren, Mieten etc. sollen in der Regel der normalen Lohn- und Einkommensbesteuerung unterliegen.

Durch Kapitalverkehrbeschränkungen und Schutz vor Wucherlizenzen im Bereich von Patenten oder anderem geistigen Eigentum sollte die europäische Wirtschaft notfalls gegen ein unfaires internationales Umfeld zusätzlich geschützt werden.

Warnende Mahnung[**]

Die Verantwortlichen aber auch weitgehend passive überdurchschnittliche Nutznießer des ausbeuterischen gegenwärtigen Unrechtssystems sollten damit rechnen, dass sie nach einem früher oder später unausweichlich kommenden Zusammenbruch belangt werden. Falls sie bis dahin bereits hochbetagt sind, so wird man für geeignete geriatrisch ausgestattete Gerichtssäle und Gefängnisse sorgen müssen. Eine Sanktionierung wird jedoch wohl aus generalpräventiven Gründen leider erforderlich sein. Es geht nicht um eine Vergeltung der Verbrechen an den Arbeitssklaven der Niedriglohnländer oder gegen die Lebensressourcen zukünftiger Generationen der Menschheit. Es muss einfach unmissverständlich gezeigt werden, dass sich solches Verhalten auf lange Sicht nicht lohnt.

Deshalb muss gegebenenfalls auch von den Erben der eben Erwähnten (z. B. Kinder, Enkel, Urenkel) das durch Unrecht zustande gekommene Vermögen zurückgefordert werden, auch wenn sich diese persönlich nichts zu schulden kommen lassen haben. Dies ist nicht unfairer als die heutige Situation, in der Nachkommen von Billiglohnarbeitern oder sonst verarmten Eltern benachteiligt sind. Wer seinen Kindern und Enkelkindern eine gute Zukunft bereiten will, muss sich eben für eine gerechte und ökologisch nachhaltig lebende Gesellschaft einsetzen.

[**]Die Globalisierungseliten scheinen leider nur die Sprache der Angst zu verstehen, konkret jener Angst, aus der sie für sich und ihre Nachkommen immer mehr (Kontroll-) Macht und Vermögen an sich zu reißen suchen. Vielleicht hat jemand eine bessere Idee, wie man diese Menschen zur kooperativen Mitarbeit an einer besseren Welt bewegen kann.

Einige Forderungen

* Finanztransaktionssteuern und andere Bestrafung spekulativer Kurzzeitinvestitionen.
(Entschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit im Finanzsektor, Investoren sollen in Eigentümerversammlungen zu nachhaltigeren Unternehmensstrategien animiert werden.)

* Vermögenssteuern mit hohen Freigrenzen aber danach progressivem Verlauf und absolute Vermögensobergrenzen mit Enteignung des darüber Liegenden.
(Einerseits demokratiepolitsche Maßnahme, um plutokratische Einflussnahme zu erschweren, anderseits Umverteilung zur Entlastung des verschuldeten öffentlichen Haushaltes und zur Stärkung von Klein- und Mittelstand.)

* Zerschlagung von Konzernen mit einem demokratiepolitisch begründeten neuen Kartellrecht.
(Dient ebenfalls der Bewahrung vor plutokratischen Tendenzen, aber auch der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines funktionierenden Marktes mit Wettbewerb durch Verhinderung von Mono- und Oligopolen. Die Wirtschaftssubjekte müssen auf einer gegenüber der öffentlichen Gewalt, die die Spielregeln im Sinne des Allgemeinwohles festlegen sollte, unbedeutenden Größe gehalten werden.)

* Hohe Sozial- und Umweltmindeststandards für alle Produkte und Dienstleistungen in der EU und mit Übergangsfristen auch für alle Importe.
(Verhinderung der Ausbeutung von Menschen in Billiglohnländern, aber auch des damit verbundenen Dumpings unserer Standards. Vermeidung der Abhängigkeit von Industrieproduktion unter problematischen politischen und ökologischen Rahmenbedingungen.)

* Eindämmung der geplanten Obsoleszenz, sowohl in ihrer technischen als auch marketingbedingten Form, da sie Umwelt und Verbraucher mehr schadet als nützt. Einschränkung von Werbung zur Erzeugung künstlicher Bedürfnisse, die ohne Manipulation nicht existieren würden.
(Reduktion der Ressourcenverschwendung aus Nachhaltigkeitsgründen. Verringerung der Abhängigkeit von begrenzten, in Zukunft eventuell vermehrt umkämpften Rohstoffen. Nachhaltige Verringerung des Bedarfes an Industrieproduktion und damit des Arbeitsbedarfes ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Dies ist auch aus demographischen Gründen notwendig, welche nicht nur eine Verringerung der Zahl der Erwerbstätigen durch Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, sondern auch einen damit verbundenen erhöhten Pflegebedarf implizieren. Trotzdem wäre die Revitalisierung des Reparaturhandwerkes mit der Schaffung im Hinblick auf die Lebensqualität wertvoller Arbeitsplätze verbunden.)

Suggestions for a Sustainable Reorganization of the European Economy

The almost unconditional liberalization of world trade led to a partial deindustrialization in Europe on the one hand and to an outsourced production under to some extent slave-like conditions in so-called low-wage countries on the other hand. The underlying current trade regulations also enforce an insidious social dumping, which slowly ruins a previously established broad middle class in Western Europe under the demagogic slogan of 'competitiveness'. In the seventies of the twentieth century even an unskilled laborer in Germany or Austria could get along very well with a family of four as a sole earner. This is almost unthinkable now, although improvements ought have been expected by technological achievements since then. The current situation could have been avoided, if the reduction of trade barriers and tariffs since the eighties of the last century would have been linked to obligatory social and ecological minimum standards.

Finally high uniform ethical social and ecological minimum standards for all products[*] traded within the inner-European market should be established, no matter whether they were produced inside or outside the Union. Realistically this can only be implemented with transitional periods. A sufficient control of compliance with respect to the political economy could be limited to random sampling and a whistle-blower system, which facilitates the denunciation of black sheep among the competitors. Would China, India etc. adapt European minimum standards within the transitional periods, the emerging middle class of these countries would increasingly be able to request consumer goods from Europe and invigorate the labor market within the EU. Should these countries reject such standards, the European economy – protected from unfair dumping and thus 'competitive' – could supply the domestic demand, what also would stimulate employment. However, since low wages bring no artificial advantages anymore, in most cases local providers would be favored due to lower transport cost, which in turn would reduce traffic-related pollution. We can not force other parts of the world to respect the frequently invoked 'European values', rather we should comply with them ourselves and actualize human rights and environmental protection together with voluntary partners. That economy needs certain regulations for the protection of humans and environment, is already proved by the failure of the neo-liberal experiment during the past decades, because there are always some people, who ruthlessly enrich themselves otherwise. Only if the local population substantially produces its own supply under fair conditions again, the constant spreading of precarity in Europe can be stopped. Cheap imports are only seemingly favorable for the average citizen, as a huge part of the profit goes to global investors and this deprives the local economy of wages, social security contributions, taxes, etc.

To limit the requirements of industrial consumer goods, a serious containment of planned obsolescence (in technical and marketing-related forms) is necessary as well as the promotion of durable, repair-friendly and easily recyclable products. This would reduce the demand for non-renewable raw materials on the one hand and allow to meet the demographic challenges of an aging society (shrinking of working population part, increased need for elderly care) on the other hand. Besides, rather family-unfriendly industry employment (with shift work, etc.) could partly be replaced by more valuable jobs in small businesses and crafts by a new culture of repair, without inhuman slavery or the massive exploitation of the raw materials, which are accompanying the current throwaway society. If – contrary to my expectations – the saving of work, despite fair world trade and emerging demographic shifts, generates a manpower surplus, this could be used to keep a relatively low retirement age or to shorten the work week. (In the eighties of the last century, there were already serious considerations for a 35-hour work week.) Provided an appropriate trade policy of the EU, this short (life) work time would be 'competitively viable' as long as, as no exploitation is necessary to secure an adequate supply of the population in Europe. Today international competition is crowding out elderly, naturally not so productive workers from labor market. Rapidly obsolete and cheap import goods cause enormous additional indirect costs. In respect of European prosperity it would be better if measures against rapid obsolescence could be implemented more quickly than social and ecological minimum standards against dumping. Thus, bottlenecks in the reconstruction phase of the economy could be avoided. Unfortunately or should I say: 'Due to a higher justice', one has to anticipate difficulties owing to international attempts to allure the Europeans from this path by sanctions etc., although in the long term it also would be better for countries such as China to switch to a wealth-generating domestic supply with durable consumer goods. World trade should be limited to compensations for unforeseen fluctuations in demand and production (through disasters etc.) and an ecologically acceptable interchange of regional specialties. In addition advertising, which generates artificial demands that wouldn't exist without such manipulation, should be combated. On the contrary, a more frugal lifestyle should be promoted.

[*] ALL (imports) really means all, including raw materials and agricultural goods. A selective exploitation, as it existed prior to the neo-liberal phase should be prohibited as well. However, this requires the transition to long-lasting, easily repairable and recyclable consumer goods in order to avoid a shortage of raw materials. By the implementation of such rules at least Europe would no longer financially support social injustice and ecological devastation to the massive extent of present days. The complicity of our continent to crimes in this context is already bad enough. Therefore the suggestions are not to be interpreted and abused for a traditional, just unilaterally advantageous protectionism.

To protect democracy from a massive partly hidden lobbying, corporations etc., which are too big or have too much influence, should be divided in accordance with the principle of "DIVIDE ET IMPERA". Stocks and shares should be distributed to the enterprise parts by lottery. For this purpose a new antitrust law with sociopolitical aims should be implemented. In addition to the preservation from plutocratic tendencies this would maintain or restore a market with efficient competition by preventing mono- or oligopolies. Economic entities must be constrained to an insignificant size compared to the power of political authorities, who should set economic rules exclusively in accordance with the general public interest.

Moreover, investments should be subject to a 5 up to 10-year long binding period, within which they can only be resold with enormous penalty charges. Alternatively, a financial transaction tax could be introduced and the voting rights of those owners, who commit themselves to keeping their shares at least five (cf. e. g. the appointment of the executive board by the supervisory board) or more years, should be multiplied by a factor corresponding to this number of years. Then gambling at millisecond intervals would have an end and glances at the current quotations would be less dominant during shareholder meetings. In addition European shares should be traded only on European stock exchanges and subjected to strict European rules. A tax-relevant involvement of non-European enterprise parts within the profit and loss account should be confined to an almost negligible extent.

People who are more diligent or smarter should be able to gain some benefits by their commitment, because under appropriate social conditions their achievements serve the whole human community. But in order to avoid disproportionate influence, which endangers democracy, there must be an absolute asset limit. Effortless income from bank deposits, stocks, rents etc. usually should be subject to the normal wage and income taxation.

If necessary, the European economy should be protected against an adverse international environment by restrictions on capital transactions and confinements of profiteering in the field of patent or other intellectual property licenses.

Warning[**]

All responsible leaders but also other vastly above-average profiteers of the present exploitative unfair system have to expect that they will be prosecuted after a sooner or later inevitably coming collapse. If those people are already very old at that time, courtrooms and prisons equipped properly for geriatrics will be necessary. Unfortunately, sanctions against them will be indispensable for general preventive reasons. It's not about retaliation of crimes against the slave laborers of low-wage countries or against the living resources of future generations of mankind. It simply must be made clear once and for all that such behavior is not worthwhile in the long run.

For the same deterrent effect illegitimately gained assets must be reclaimed from the heirs of the aforementioned system participants (e.g. children, grandchildren, or great-grandchildren), even if those personally did nothing wrong themselves. This is not more unfair than the disadvantages, today's descendants of low-wage workers or otherwise impoverished parents are suffering. If one really wants to prepare a good future for his or her children and grandchildren, he or she has to work for a just and ecologically sustainable living society.

[**]Unfortunately, the globalization elites seem to understand only the language of fear, specifically that fear, which let them try to seize more and more power (of controlling) and wealth for themselves and their descendants. Maybe someone has a better idea, how to induce these people to participate cooperatively in building a better world.

Some political claims

* Financial transaction taxes and punishment of speculative short term investments.
(Slow down of the velocity in the financial sector, investors should be encouraged to more sustainable strategies in shareholder meetings.)

* Property taxes with high exemption limits, but progressive increase above and an absolute asset limit with expropriation of the exceeding wealth.
(Prevention of plutocratic influence. Redistribution in order to relieve the indebted public budget and empower the lower and middle class.)

* Unbundling of major corporations with a democratically justified new antitrust law.
(Protecting democracy against plutocratic tendencies. Maintenance or restoration of a market with efficient competition by prevention of mono - and oligopolies.)

* High social and ecological minimum standards for all products and services within the EU, after transitional periods also for all imports.
(Prevention of exploitation of people in low-wage countries. Enhanced resilience against dumping attacks on the European welfare system. Avoidance of European addiction to industrial production under politically perilous and ecologically doubtful conditions.)

* Rigorous containment of planned obsolescence, in technical and marketing-related forms. Abatement of advertising, which generates artificial demands that wouldn't exist without such manipulation.
(Reduction of resource wasting for ecological reasons. Reduced dependency on non-renewable raw materials, which might be even reasons for war in future. Sustainable reduction of industry production demand in respect of demographic requirements, which not only imply a general reduction of the employment rate by changes in the age structure of the population, but also an increased need for elderly care. Yet still, measures in this context would lead to a revitalization of repair crafts accompanied by the creation of valuable jobs.)